

ein mit Höllenstrafen tapeziertes Gebot zu machen. In diesem Sinne könnte – vermutlich sogar mit Aussicht auf einige Wirkung – auch in Fastenpredigten wieder über das Fasten gepredigt werden. se

Friedensgebet

Ein Papstvorschlag und sein Kontext

Die bisher bekanntgewordenen Reaktionen auf die Einladung des Papstes zu einem Friedensgebet von Vertretern nicht nur der christlichen Kirchen, sondern auch der anderen Weltreligionen waren durchweg *positiv*. Der Weltkirchenrat äußerte „großes Interesse“ an der Einladung Johannes Pauls II. nach Assisi, die EKD begrüßte den Vorschlag des Papstes ebenso wie der Erzbischof von Canterbury und der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes. Weitere positive Stellungnahmen dürften kaum ausbleiben: Schließlich genießt der gegenwärtige Papst weit über die katholische Kirche hinaus (und auch bei denjenigen in seiner Kirche, die sich mit manchen Zügen seines Pontifikats nur schwer anfreunden können) unbestrittenes Ansehen als Mahner zu Frieden und Gerechtigkeit über ideologische Schranken hinweg. Auch Franz von Assisi, an dessen Wirkungsort das ökumenische Friedensgebet gehalten werden soll (ein Datum dafür steht bisher noch nicht fest), ist eine Gestalt, die seit jeher nicht nur Katholiken fasziniert.

Der Papst sagte in seiner Ansprache am 25. Januar in Sankt Paul vor den Mauern, in der er das Gebetstreffen ankündigte, der Heilige Stuhl wolle dazu beitragen, eine *Weltgebetsbewegung für den Frieden* ins Leben zu rufen, die über die Grenzen der einzelnen Nationen hinweg die Gläubigen aller Religionen einbeziehe und die ganze Erde umfassen solle. Er fügte hinzu: „Interessante Initiativen in diesem Sinne sind bereits von einigen

Kirchen des Ostens und des Westens und einigen kirchlichen Vereinigungen ergriffen worden.“ Auch wenn Johannes Paul II. keine konkreten Beispiele nannte: Der Gedanke an den Vorschlag eines „*Friedenskonzils*“ wie auch an die vom ÖRK geplante Weltkonferenz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung liegt nahe. Gerade den Vorschlag *Carl-Friedrich von Weizsäckers* zu einem „Konzil des Friedens“ (vgl. HK, Juli 1985, 300–301) haben sich inzwischen auch verschiedene katholische Gruppen und Gremien zu eigen gemacht. So sprach sich etwa die Diözesansynode von Rottenburg-Stuttgart für die Teilnahme der katholischen Kirche an einem Friedenskonzil aus.

Schon jetzt läßt sich deshalb voraussehen: Auch wenn das geplante Gebetstreffen nicht nur zustande kommt, sondern sich auch als ein eindrückliches Zeichen der „großen“ Ökumene und der menschlichen Friedenssehnsucht erweist, wird die *Diskussion um das Friedenskonzil weitergehen*. So meinte der frühere EKD-Ratsvorsitzende *Lohse* in einer Reaktion auf die päpstliche Einladung, ein solches gemeinsames Gebet könne er nicht als Ersatz für das Friedenskonzil sehen, es gehöre aber in den ganzen konziliaren Prozeß hinein. Die Initiative Johannes Pauls II. dürfte also die Frage (von innen wie von außen) an die katholische Kirche nicht aus der Welt schaffen, wie sie sich zu den Plänen für ein Friedenskonzil stellt bzw. in welcher Form sie sich in den Prozeß einschalten soll.

Besonderer Handlungsdruck besteht allerdings derzeit nicht. Zwar gibt es gerade in den evangelischen Kirchen der Bundesrepublik (wie auch der DDR) inzwischen zahlreiche Voten zugunsten des Vorschlags *Carl-Friedrich von Weizsäckers*. Aber im Kommuniqué zur Sitzung des Rates der EKD vom 23./24. Januar, auf der die Bildung einer eigenen Arbeitsgruppe zum „Konzil des Friedens“ beschlossen wurde, heißt es nicht umsonst: „Große Erwartungen und Sehnsüchte sind in der breiten Zustimmung zu dem Konzilsaufruf zum Ausdruck gekommen, ohne daß jedoch bereits

Klärungen für die Möglichkeiten einer Realisierung erreicht worden sind.“ Man sollte auf katholischer Seite weiterhin die Anliegen ernst nehmen, die sich in dem Wunsch nach einem Friedenskonzil äußern und die mit der vom Papst angeregten Weltgebetsbewegung für den Frieden nicht einfach abgedeckt sind. Es besteht aber kein Grund, sich von Diskussionen über Form, Zeitpunkt und Themen eines Friedenskonzils von der alltäglichen kirchlichen Friedensarbeit auf den verschiedenen Ebenen ablenken zu lassen. ru

Führungswechsel

Bischof Leich an der Spitze des DDR-Kirchenbundes

Nur wenige Monate nach der Wahl des Berliner Bischofs *Martin Kruse* zum neuen Ratsvorsitzenden der EKD (vgl. HK, Dezember 1985, 544–545) vollzog sich jetzt auch ein Führungswechsel an der Spitze des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR. Die in Ost-Berlin zusammengetretene 60köpfige Bundessynode wählte am 2. Februar den thüringischen Landesbischof *Werner Leich* zum neuen Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen. Der 59jährige Leich tritt damit die Nachfolge des sächsischen Landesbischofs *Johannes Hempel* an, der den Kirchenbund seit 1982 leitete. Hempel kandidierte aus Rücksicht auf seine vielfältigen Verpflichtungen nicht mehr für das Amt des Kirchenbunds-vorsitzenden. Er ist Bischof der nach der Mitgliederzahl größten der acht evangelischen Landeskirchen in der DDR und amtiert seit der Vollversammlung von Vancouver als einer der Präsidenten des Weltkirchenrats.

Mit Leich wurde erneut ein Repräsentant der lutherischen Landeskirchen in der DDR Leiter des Kirchenbundes. Der seit 1978 amtierende thüringische Landesbischof, dessen Dienstsitz die Luther- und Bachstadt Eisen-

ach am Fuß der Wartburg ist, wurde einer breiteren Öffentlichkeit vor allem als Vorsitzender des kirchlichen *Lutherkomitees* bekannt. Er hatte in den Jahren 1980 bis 1983 die heikle Aufgabe, bei den Vorbereitungen zum Lutherjahr mit dem staatlichen Komitee zusammenzuarbeiten, gleichzeitig aber auf die Eigenständigkeit der kirchlichen Bemühungen um das Lutherjubiläum bedacht zu sein, was ihm auch gelang.

Veränderungen im Verhältnis zwischen Kirchenbund und DDR-Staats- und Parteiführung sind nach übereinstimmender Meinung aller Beobachter vom Wechsel im Vorsitz der Konferenz der Kirchenleitungen nicht zu erwarten (der Konferenz gehören sieben Vertreter der Synode und deren Präses, die acht leitenden Geistlichen sowie je ein weiteres Mitglied der Kirchenleitung aus jeder Landeskirche an). Für Kontinuität spricht auch die von der Synode getroffene Wahl für die Posten der beiden Stellvertreter des Kirchenbundvorsitzenden: Gewählt wurden der Ost-Berliner Konsistorialpräsident *Manfred Stolpe* und der provinzsächsische Bischof *Christoph Demke*. Stolpe hatte von 1969 bis 1981 und Demke von 1981 bis 1983 das Berliner Sekretariat des Kirchenbundes geleitet.

Unmittelbar nach seiner Wahl erklärte Bischof Leich vor der Bundessynode, die Kirche in der DDR müsse auch in Zukunft für die Schwachen eintreten. Dies gelte für das große Feld der Diakonie, aber auch für diejenigen, die am Rande der Gesellschaft lebten und bei der Kirche Verständnis und Anwälte für ihre Lebensweise und ihre Situation suchten. Er sprach auch von einem immer noch schwelenden „Konfliktpotential“ zwischen Staat und Kirche. Dennoch gebe es eine „Situation der aufgelockerten Möglichkeiten“, die es nicht zu verschlafen, sondern zu nutzen gelte. Gelegenheit, über diese Möglichkeiten wie über das Konfliktpotential zu sprechen, könnte das geplante neue *Spitzengespräch zwischen Kirchenbund und Staatsführung* bieten. Honecker, der mit einem im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Tele-

gramm dem neuen Kirchenbundvorsitzenden gratulierte, hatte bei einem Treffen mit Bischof Hempel seine grundsätzliche Bereitschaft zu einem solchen Gespräch bekundet.

Abzuwarten bleibt auch, ob und wie sich der Wechsel an der Spitze des Kirchenbundes auf das evangelisch-katholische Verhältnis in der DDR auswirkt. Die Landeskirche von Bischof Leich deckt sich geographisch weitgehend mit dem Jurisdiktionsbezirk von Bischof *Joachim Wanke* (Erfurt), der jetzt stellvertretender Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz ist.

Arbeitsmarkt

Die Kirchen sind kein Beschäftigungsunternehmen

Je länger die Massenarbeitslosigkeit andauert, um so mehr geraten auch die *Kirchen als Arbeitgeber* in die Diskussion. Einmal wird an die Kirchen appelliert, sich bewußt zu werden, daß auch sie der Zahl der Beschäftigten nach zu den großen Unternehmen gehören und durch Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze oder jedenfalls durch eine beschäftigungsfreundliche Einstellungspolitik zur Lösung des Arbeitslosenproblems beizutragen hätten. Darüber hinaus werden beide Kirchen auf je verschiedene Weise im Blick auf die zunehmende Arbeitslosigkeit von Akademikern mit einem Sonderproblem konfrontiert.

Die evangelische hat einen zu zahlreichen Pfarrernachwuchs; die katholische Kirche „leidet“ zwar unter Priestermangel, aber ebenso unter einem *Überangebot an Laientheologen*, also vor allem an solchen Studienabgängern, die als Religionsphilologen oder im pastoralen Dienst der Kirche unterkommen wollen.

Die Kirchen ihrerseits sehen sich wiederum aus unterschiedlichen Gründen veranlaßt, die Zugänge zum Pfarrerdienst bzw. der Laientheologen zum pastoralen Dienst zu verengen. In ei-

nem internen Papier der Personalreferenten der Evangelischen Landeskirchen, auf das die „Frankfurter Rundschau“ (7.2. 86) unter dem Titel „Ein kirchlicher Skandal?“ hinweist, spricht sich diese eindeutig für *schärfere Auswahlkriterien bei der Zulassung zum Pfarramt* und für eine verschärfte Auslese während der Vikarszeit aus. Dabei werden auch Schwachstellen im Studiengang und im Studienergebnis bloßgelegt. Viele der Kandidaten, so heißt es dort, hätten sich mit einem Hochschulstudium einfach übernommen. Dagegen haben sich Sprecher des Verbandes Evangelischer Theologiestudierender und die Konferenz theologischer Fachschaften mit Vehemenz gewandt.

Unter (katholischen) Laientheologen breitet sich ebenfalls zunehmend Unbehagen aus, weil einzelne Diözesen gar keine Laientheologen in den Gemeindedienst übernehmen, andere nur eine sehr begrenzte Zahl für den gemeindlichen und übergemeindlichen Dienst vorsehen.

Nun gibt es nicht nur gute Gründe, dieses wachsende Unbehagen zu verstehen, es gibt ebenso triftige Gründe zu fragen, ob es sich die katholische Kirche angesichts des Priestermangels erlauben könne, das ihr in den Laientheologen zugewachsene *personelle Potential* einfach brach liegen zu lassen. Sie setzt sich damit auf jeden Fall dem Verdacht aus, vor einer breiteren Mitwirkung theologisch gebildeter Laien in den inneren Bezirken der Kirche Angst zu haben.

Aber niemand dürfte der Kirche bzw. in dem Fall *den* Kirchen das Recht absprechen, einen theologisch wie geistlich möglichst qualifizierten Klerus bzw. eine qualifizierte Pfarrerschaft heranzubilden und die Zugänge entsprechend zu gestalten. Die Situation ist diesbezüglich im evangelischen und im katholischen Bereich wiederum recht unterschiedlich.

Legte die katholische Kirche bei ihrem Priesternachwuchs gegenwärtig sehr strenge Kriterien an, würde sich der Priestermangel vermutlich noch beträchtlich verschärfen. Hört man sich auf den theologischen Fakultäten um, so kann man nicht selten den